

DIE LINKE.

Kreisverband Bremerhaven

Programm zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven 2023 – 2027

**Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung
vom 11. Februar 2023**

DIE LINKE. Kreisverband Bremerhaven
Theodor-Heuss-Platz 17
27568 Bremerhaven

Telefon: 0471 309 44 55
vorstand@dielinke-bremerhaven.de

Verantwortlich Günter Matthiessen .

Inhaltsverzeichnis

1 Klimastadt Bremerhaven.....	4
1.1 Mobilität in der Klimastadt Bremerhaven.....	4
1.2 Schutz der Umwelt, Schutz vor Emissionen in der Stadt.....	7
1.3 Bremerhaven in der Klimakrise.....	9
2 Soziale Stadt.....	10
2.1 Die Armut bekämpfen – nicht die Armen!.....	10
2.2 Bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum.....	10
3 Demokratische Stadt.....	12
3.1 Mehr Mitwirkungsrechte für Bürger*innen.....	12
3.2 Für eine demokratische Magistratsreform.....	12
3.3 Kampf gegen Faschisten und andere demokratiefeindliche Strömungen.....	13
3.4 Politische Bildung.....	13
4 Digitale Gesellschaft - digitale Stadt.....	14
4.1 Bildung in der digitalen Gesellschaft.....	14
4.2 Digitale Verwaltung.....	15
4.3 Bildung im Umgang mit digitaler Information.....	16
5 Bildung.....	16
5.1 Auf den Anfang kommt es an – frühkindliche Förderung.....	16
5.2 Eine Schule für alle.....	17
5.3 Schulgebäude.....	18
5.4 Ausbau der Weiterbildung.....	19
6 Kultur, Sport und Freizeit.....	20
6.1 Vielseitiges kulturelles Angebot in Bremerhaven.....	20
6.2 Sport und Freizeit.....	21
7 Geschlechtergleichstellung und Antidiskriminierung.....	22
7.1 Gleichstellung der Frauen.....	22
7.2 Inklusion der LBTIQ*-Menschen.....	23
7.3 Inklusion von Menschen mit Behinderungen.....	25
8 Migration und Flucht.....	25
8.1 Migration gehört zu unserer Welt.....	25
8.2 Flucht und Ankunft.....	26
9 Gesundheit und Pflege.....	27
9.1 Interesse der Menschen vor Profitinteressen.....	27
9.2 Krankenhäuser in Bremerhaven.....	27
9.3 Mangel in der ärztlichen und pflegerischen Versorgung.....	28
9.4 Drogen und Sucht.....	29
10 Sicherheit im öffentlichen Raum.....	29
10.1 Polizei.....	29
10.2 Feuerwehr und Rettungsdienst.....	30
11 Häfen und maritime Wirtschaft.....	31

Für eine Politikwende in Bremerhaven, für eine solidarische Politik für alle Menschen in Bremerhaven

In Bremerhaven bricht vieles zusammen. Seute Deern, Brücken, Kajen, Nordmole mit Molenturm, die Attraktivität der Innenstadt. Nicht zuletzt die Arbeitsplätze bei den Werften und im Hafen.

Es gibt aber auch viele zukunftsweisende Attraktionen in Bremerhaven. Das Klimahaus, das Auswandererhaus, die Entwicklung der Hochschule, Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie.

Vieles ist zu tun für die Entwicklung einer attraktiven, sozialen, ökologischen und klimaverträglichen Stadt. Der Verkehr dient immer noch in erster Linie dem Auto – jahrelang ist hier versäumt worden, einen attraktiven Nahverkehr auf die Beine zu stellen. Verkehrsteilnehmer auf dem Fahrrad und zu Fuß werden immer noch stiefmütterlich behandelt – daran ändern auch einige zaghafte Schritte zur Änderung nichts. Der Nachholbedarf ist immens - wegen der jahrzehntelangen Versäumnisse.

Bremerhaven leidet – wie alle anderen Kommunen auch – unter den Folgen der neoliberalen Politik seit den 1990-er Jahren. Viele Unternehmen der Daseinsfürsorge, des Gesundheitswesens, des Verkehrs, der Ver- und Entsorgung sind privatisiert worden. Sie sind damit politisch schwieriger zu steuern, da sie nicht mehr in erster Linie dem Gemeinwohl dienen, sondern der Profitlogik unterliegen und Gewinn-Maximierung im Mittelpunkt steht. Ein Beispiel ist die swb, die als Unternehmen als Aufgabe die Versorgung mit Wasser hat, wozu sie aus Kostengründen den vorhandenen Brunnen aufgibt und einen neuen anlegt. Die Folge ist eine Erhöhung des Grundwasserspiegels in einem Wohngebiet – die Nebenwirkungen tragen die Hausbesitzer und die Kommune Bremerhaven.

Die sozialen Probleme, die sich aus der Einkommens- und Eigentumsverteilung in unserer Gesellschaft in Deutschland ergeben, treten in Bremerhaven in verschärfter Form auf.

Diese Probleme haben inzwischen viele erkannt. Rechten Gruppen ist es gemeinsam mit unzufriedenen Menschen gelungen, einen unspezifischen Protest zu organisieren, der sich gegen alles richtet, was nicht unmittelbar einsichtig ist. Gegen die Regierung und gegen die Regeln der Demokratie, gegen Flüchtlinge, gegen Menschen, die nicht einer bürgerlichen Familien- und Sexualnorm genügen, gegen Impfungen. Letztlich wollen sie den bürgerlichen Sozial- und Rechtsstaat abschaffen und durch eine „Volksgemeinschaft“ ersetzen, die festlegt, was oder wer gesellschaftlich akzeptabel ist und was weg kann.

◀ Wir kämpfen für eine demokratische Gesellschaft, in der niemand aus-

gegrenzt wird.

- ◀ Wir kämpfen für eine soziale Gesellschaft, in der jeder repressionsfrei seinen Lebensunterhalt bestreiten kann.
- ◀ Wir kämpfen für eine ökologische Stadt, die sich konsequent auf den Weg zur Klimastadt macht und die Gefahren für die Umwelt bekämpft. Hierzu sind Verkäufe von Grundstücken, die noch in öffentlicher Hand sind, weitestgehend zu unterlassen.
- ◀ Wir kämpfen für eine Stadt, in der Bildung und Kultur für jeden verfügbar sind und in der sich jeder kulturell und sportlich einbringen kann.
- ◀ Wir treten ein für Rekommunalisierung von privatisierten Unternehmen und wenden uns gegen jegliche weitere Privatisierungen.

Dieses Programm zeigt auf, was in Bremerhaven geändert werden muss.

Ohne eine starke LINKE in der Stadtverordnetenversammlung bleibt alles beim Alten.

Bremerhaven muss sozialer, ökologischer und klima-verträglicher werden.

Der Mensch und seine Bedürfnisse müssen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Dieses geht nur mit einer starken Vertretung der Linken in der Stadtverordnetenversammlung.

1 Klimastadt Bremerhaven

1.1 Mobilität in der Klimastadt Bremerhaven

Das Konzept Klimastadt Bremerhaven soll als Leitbild für die Bürger*innen, Stadt und Wirtschaft dienen. Es enthält gute Ansätze und Versprechen, neue Wege zu gehen und die Bürger*innen zu beteiligen. Es besteht auch besonderer Handlungsbedarf, weil im Vergleich zu anderen Städten der Anteil der Wege zur Nutzung privater PKW sehr viel höher ist. Die Umweltbelastungen durch die Emissionen des Verkehrs, wie z.B. Abgase, Erschütterungen und Lärm müssen reduziert werden. Das verbessert die Lebensqualität aller. Auch wenn wir nur für kurze Zeiten im Stadtverkehr unterwegs sind, sind wir alle 24 Stunden lang den negativen Auswirkungen des Verkehrs ausgesetzt. Der ÖPNV (öffentlicher Personen-Nahverkehr) befindet sich immer noch auf einem niedrigen Niveau, ebenso die Rad- und Fußwege. Neben den Kosten für ein Fahrrad sind häufig die fehlenden sicheren Unterstellmöglichkeiten dafür verantwortlich, dass nicht alle Menschen sich ein Fahrrad leisten können.

Das Leitbild „Klimastadt Bremerhaven“ ist zu nutzen, um eine bessere Abstimmung der Tätigkeitsbereiche Raumplanung und Verkehrsplanung zu erreichen und die Entwicklung selbständiger Stadtteile im Sinne einer „Stadt der kurzen Wege“ zu fördern.

Als neuen Standortfaktor setzt die derzeit herrschende Politik auf die Förderung von Wasserstoff- Technologien. Diese Technologie ist notwendig und wird bei der Ablösung der Nutzung fossiler Energien eine wichtige Rolle spielen. Bei der Nutzung regenerativer Energien müssen aber auch für unterschiedliche Zwecke die jeweils geeigneten Systeme eingesetzt werden. So sind Wasserstoff-getriebene Busse in Hinsicht auf Energie-Effizienz, Komfort, Attraktivität und Barrierefreiheit einer elektrischen Straßenbahn weit unterlegen. Sie eignen sich für Zubringer- Linien und für den Überland-Verkehr, wo der Ausbau von Schienen nicht rentabel ist.

In der Stadt Bremen werden sehr viele Investitionen in den Ausbau von zukunftsfähigen Verkehrsmitteln wie S-Bahn und Straßenbahn gesteckt. Es sind weitere Linien im Bau und in der Planung. In Bremerhaven brauchen wir ähnliche Anstrengungen zur Verbesserung der Stadtqualität und des Klimaschutzes. Hierbei müssen wir auch mit den Umlandgemeinden kooperieren, um z.B. eine Bahnlinie von Speckenbüttel nach Bad Bederkesa zu reaktiveren.

Doch stattdessen ist ein Hafentunnel gebaut worden, der einen immensen Eingriff in die Natur darstellt und dessen tatsächliche Kosten und Folgekosten noch nicht abzusehen sind.

Mehr Sicherheit im Verkehr heißt nicht nur weniger Verkehrsunfälle, sondern auch mehr subjektive Sicherheit. Alle Verkehrsteilnehmer*innen müssen in Bremerhaven sicher unterwegs sein können, keine Angst haben beim Überqueren einer Straße, beim Radfahren oder in einem Parkhaus. Als Fußgänger, besonders wenn sie nicht mehr sehr sportlich sind, ist das Überqueren der breiten Fahrbahnen an einigen Stellen problematisch. Die Grünzeiten sind relativ kurz – es muss durch Umbau der Ampelanlagen den Fußgängern klar gemacht werden, dass nach dem Verlassen des Fußgängerbereichs ein Überqueren der Straßen auch nach dem Ende der Grünphase ohne Hast möglich ist. Um die Wartezeiten auf das nächste Grün besser abschätzen zu können, sollten an verkehrsreichen Kreuzungen die Sekunden bis zum nächsten Grün angezeigt werden.

Zur Erhöhung der Lebensqualität und Verkehrssicherheit, der Verbesserung der Stadtökologie, Umwelt- und Klimaschutz brauchen wir ein generelles Tempolimit von 30 km/h.

Der ÖPNV und der nicht motorisierte Individualverkehr müssen stärker in den

Verkehrsplanungen berücksichtigt werden. Positiv ist zu vermerken, dass die von uns seit 2015 geforderte Stelle einer Mobilitätsbeauftragten im Jahre 2021 geschaffen und besetzt worden ist. Wir hoffen, dass ihre Forderungen und Anregungen Gehör finden und bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden und nicht an der Blockade der Koalitions-Parteien scheitern.

Grundsätzlich fordert DIE LINKE die Einführung eines kostenlosen ÖPNV. Die testweise Einführung des 9-Euro-Tickets war ein Schritt in die richtige Richtung. Hier müssen auf Bundes- und Landesebene die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Unabhängig davon brauchen wir ein Sozialticket, dessen Preis unterhalb des fiktiven Anteils für Mobilität im jetzt Bürgergeld genannten Hartz-IV-Satz ist.

Wir setzen uns ein für:

Fußgänger

- ◀ Gehwege mit 2,50 m Breite und bessere Querungshilfen an viel befahrenen Straßen,
- ◀ Ampeln für Fußgänger, die Wartezeiten für das nächste Grün anzeigen; Maßnahmen, die das Überqueren auch bei kürzeren Grünphasen subjektiv sicherer machen,
- ◀ Gehwege an Kreuzungen absenken, um auch mobilitätseingeschränkten Menschen die Überquerung zu erleichtern,
- ◀ Maßnahmen, um das Parken auf Geh- und Fahrradwegen einzuschränken, Steigerung der Aufenthaltsqualität durch mehr Grünanlagen und Bänke, Mehr öffentliche Toiletten.

Radfahrer

- ◀ Neuverteilung der Verkehrsflächen zugunsten von stadtverträglichen Mobilitätsformen z.B. durch Umwidmung von Fahrbahnen zu Angebotsstreifen für den ÖPNV, Fuß- und Radverkehr,
- ◀ Entwicklung eines sicheren Radwegenetzes nach einem Generalplan (Aktualisierung und Umsetzung des Radverkehrskonzeptes 2014), statt des Flickenteppichs an Fahrradwegen,
- ◀ Erstellung eines Schul-Radwege-Konzeptes, Radstation mit Bike-Sharing am Hauptbahnhof,
- ◀ Schaffung eines Fuhrparks mit Dienstfahrrädern mit der Möglichkeit der Nutzung für alle Beschäftigten des Magistrats der Stadt Bremerhaven,
- ◀ Schaffung von Fahrrad-Unterstellmöglichkeiten für alle Wohnungen,

Stärkung und Neustrukturierung des Runden Tisches Radverkehr.

Öffentlicher Personen-Nahverkehr

- ◀ Einführung der Straßenbahn als moderne Stadtbahn aus verkehrspolitischen und städtebaulichen Gründen,
- ◀ Taktverdichtungen im gesamten Stadtbahn- und Busnetz (auf den Hauptachsen mindestens 7,5- Minuten-Takt),
- ◀ direkter Anschluss des Busverkehrs an den Bahnhof Wulsdorf,
- ◀ Einführung eines kostenlosen bzw. bezahlbaren Sozialtickets für den Nahverkehr, Verbesserung des ÖPNV mit dem Umland.

Eisenbahn

- ◀ Reaktivierung des Bahnhofs Bremerhaven-Speckenbüttel mit Anbindung an das Busnetz und als Voraussetzung für eine Reaktivierung der Bahnlinie nach Geestland,
- ◀ Einrichtung einer durchgehenden Zug-Verbindung nach Hamburg, Einbeziehung der Blexen-Fähre in den VBN-Tarif,
- ◀ Lärmschutz mit intelligenten Lösungen an Gleisen und Zügen, Geschwindigkeitsbeschränkungen für Güterzüge mit hohen Schallimmissionen,
- ◀ größtmögliche Verlagerung des Lkw-Verkehrs auf die Schiene, hierfür Ausbau der Transportkapazitäten auf der Schiene.

Auto-Verkehr

- ◀ Generelles Tempolimit 30 km/h – begründete Ausnahmen sind festzulegen,
- ◀ Teilnahme der Stadt Bremerhaven an der Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten",
- ◀ Stopp der weiteren Planungen des umweltschädlichen Projekts „Küstenautobahn“ A20

1.2 Schutz der Umwelt, Schutz vor Emissionen in der Stadt

Die Erweiterung der Deponie Grauer Wall ist von der Umweltbehörde in Bremen genehmigt worden, ohne die Deponieverordnung von 2009 oder den Schutz der Bevölkerung ausreichend zu beachten. Die herrschende Politik in Bremerhaven hat sich entschieden, gegen alle Sicherheitsbedenken in Bezug auf Grundwasser, Staubbelastung der Anwohner und des Gesundheitsparks sowie die Bedrohung durch den Meeresspiegelanstieg an dem Betrieb der

Deponie als Sondermülldeponie festzuhalten. Die Schadstoffdurchbrüche ins Grundwasser und in die Neue Aue und die mangelhaften Kontrollen müssen ernsthaft untersucht werden. Planungen für einen Ersatz der Deponie sind aufzunehmen, denn sie ist nicht geeignet als Ersatz für die Bremer Müll-Deponie. Keinesfalls ist es hinzunehmen, dass weiter auswärtiger Müll in großem Umfang auf dieser Deponie abgelagert wird.

Darüber hinaus genehmigte der Senat für Bau, Umwelt und Verkehr eine Erweiterung der Deponie auf 50 Meter Höhe. Durch das Mehrgewicht besteht die Gefahr, dass die Schutzschicht noch dünner wird und möglicherweise an einigen Stellen durchlässig.

Wie im Kapitel zu „Demokratie und Bürgerbeteiligung“ ausgeführt, ist der Deponie-Beirat nicht dazu geschaffen, um Transparenz herzustellen, sondern um Kritik zu besänftigen. Statt dessen müssen wir diese Auseinandersetzung führen.

Auch der Hafen ist eine Quelle umwelt- und gesundheitsschädlicher Emissionen. Die Antriebsstoffe der Schiffe sind Diesel und Schweröl, also Sondermüll. Hier brauchen wir eine Verpflichtung von Landstrom für alle Schiffe, die länger als 48 Stunden im Hafen liegen. Die notwendigen Anschlüsse sind zu installieren.

Ebenso verhält es sich mit den radioaktiven und explosiven Materialien, die dort umgeschlagen und transportiert werden.

Wir hier in Bremerhaven leben an der Weser und müssen uns vor den künftig stärker werdenden Sturmfluten schützen. Wir sind auf einen funktionierenden Küsten- und Hochwasserschutz angewiesen. Die bisherige Weservertiefung hat negative Auswirkungen auf die Umwelt. Weitere Vertiefungen der Weser würden zur Veränderung des Grundwasserspiegels führen und die Stabilität der Deiche massiv gefährden. Eine weitere Gefahr liegt in der Versalzung der Binnengewässer und der Verschlickung des gesamten Uferbereichs, das zu einer Bedrohung der Flora und Fauna wird.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ die Schließung und Begrünung der Deponie Grauer Wall, den Stopp des Mülltourismus,
- ◀ Senkung des Grundwasserspiegels beim alten Wasserwerk in Wulsdorf auf den Zustand zur Zeit der Bebauung,
- ◀ die Überprüfung der Nitratbelastung der an die Geeste angrenzenden Wiesen und Einleitung von entsprechenden Maßnahmen bei zu hoher Belastung,

- ◀ die Planung und den Bau einer Trocknungsanlage für Klärschlamm in der Nähe der Kläranlage,
- ◀ den Erhalt und die ökologische Aufwertung des Aue-Gebietes, keine Neuaufgabe der zurückgezogenen Bebauungspläne.

1.3 Bremerhaven in der Klimakrise

Die Klimakrise als Wirkung des kapitalistischen Wirtschaftskampfs auf den natürlichen Ressourcen, verhindert das Zusammenleben auf der ganzen Welt. Das macht sich bemerkbar durch das weitere Erhitzen der Erde, Trockenheit und Wasserknappheit. Es leiden diejenigen am meisten, die am wenigsten Einfluss darauf haben.

Wir wollen, dass Bremerhaven bis 2040 zu einer klimaneutralen Stadt wird und seinen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels leistet. Die Ziele wollen wir vor allem durch Energieeinsparung und Verkehrsvermeidung und Nutzung von erneuerbaren Energien erreichen.

Hierzu gehört eine verstärkte Zusammenarbeit in der Unterweser-Region in Bezug auf klimapolitische Maßnahmen, den ÖPNV, die Wasserwirtschaft und erneuerbare Energien.

In Bremerhaven ist besonders der Gebäudesektor für etwa die Hälfte der CO₂-Emissionen verantwortlich. Öffentliche Gebäude müssen eine Vorbildrolle für die energetische und ökologische Sanierung darstellen. Dazu sind verbindliche Sanierungs-Aktionspläne zu entwickeln und die Mittel für die energetische und ökologische Sanierung öffentlicher Gebäude deutlich erhöhen. Wir setzen uns für eine Solarpflicht für Neubauten und für die Dachsanierung von Altgebäuden ein.

Für die Umrüstung von Heizungen auf Fernwärme, Wärmepumpen, Solarthermen ist ein Plan für die Stadt zu entwickeln, welche Heizungsarten an welchen Stellen am effizientesten sind. Hierzu ist eine vollständige Rekommunalisierung des Strom-, Gas- und Fernwärmenetzes in Bremerhaven notwendig.

In der Abfallpolitik gilt der Grundsatz: Abfall vermeiden, wiederverwenden und verwerten. Die Recyclingquote für Kunststoff, Glas, Papier, Kleidung und Elektroschrott ist zu erhöhen. Bei der Beschaffung langlebiger Produkte sind Best Practices öffentlich zu machen. Der Ausbau von Reparaturnetzwerken und Secondhand-Kaufhäusern ist zu unterstützen.

Der Schutz unseres Klimas und der Erhalt unserer natürlichen Umwelt ist eine Querschnittsaufgabe. Wir wollen daher auch die Umwelt-Bildungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen, beispielsweise in Schulgärten. In Kitas und Schulen müssen verstärkt Inhalte zur Umweltbildung und

Nachhaltigkeit vermittelt werden.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ verstärkte Zusammenarbeit in der Unterweser-Region, Förderung der energetischen Gebäude-Sanierung, Förderung von privaten Photovoltaik-Anlagen,
- ◀ Rekommunalisierung des Strom-, Gas- und Fernwärmenetzes, kommunales Recycling-Konzept,
- ◀ keine Vertiefung der Unterweser, keine Vertiefung der Außenweser.

2 Soziale Stadt

Mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von 12,6 Prozent (Stand 2022) hat Bremerhaven prozentual weit mehr Arbeitslose als das Land Bremen (10,3 Prozent) oder der Bund (5,3 Prozent). Davon bezogen mehr als 75 Prozent Leistungen nach SGB II, also Hartz IV.

2.1 Die Armut bekämpfen – nicht die Armen!

Die Einführung der Hartz-Gesetze vor mehr als 15 Jahren hat die Lebenssituation vieler Menschen in Bremerhaven in besorgniserregender Weise verschlechtert und zu einer massiven Verstetigung von Armut geführt. Auch die geringfügigen Änderungen und die Namensänderung in „Bürgergeld“ hat an der Situation so gut wie nichts geändert.

Kinderarmut ist häufig eine direkte Folge von Frauenarmut. Aufgrund der schlechteren Entlohnung von typischen Frauenberufen und des höheren Anteils von Frauen im Niedriglohnsektor sind alleinerziehende Mütter eher auf ergänzende Hilfen angewiesen. Zwar hat der Magistrat bereits 2005 eine Ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Armut im Kindesalter“ eingerichtet, dennoch hat sich an der dramatischen Situation der Kinderarmut nicht viel geändert.

Auch nach Beendigung der Schule bleibt vielen Jugendlichen der Einstieg in das Berufsleben verwehrt, weil es zu wenige Ausbildungsplätze gibt. Hiermit sind „Armutskarrieren“ vorgezeichnet.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ die Abschaffung der Sanktionen für Beziehende*innen von ALG II,
- ◀ Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Beziehende*innen von ALG II,
- ◀ öffentliche Finanzierung unabhängiger Rechtsberatung für die Empfänger*innen von ALG II und anderen staatlichen Transferleistungen.

2.2 Bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum

Die Wohnungsmieten in Bremerhaven sind nicht so hoch wie in vielen anderen Kommunen Deutschlands. Dennoch besteht ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen, die einen akzeptablen Standard haben. Der Anspruch an Wohnungen für Menschen mit speziellen Bedürfnissen steigt. So brauchen wir mehr Wohnungen für Menschen mit Behinderungen, für Ältere, für Alleinerziehende. Auch das Leben in Mehrgenerationenhäusern wird in Zukunft eine größere Rolle spielen und sollte gefördert werden.

In der Vergangenheit sind verstärkt neue Baugebiete ausgewiesen worden. Damit werden die wenigen Grünflächen in der Stadt weiter verringert. Des Weiteren werden häufig Grundstücke, die im Eigentum der Stadt sind, unwiderruflich veräußert und damit für spätere Planungen aus der Hand gegeben.

Die Baugebiete stehen in erster Linie zur Bebauung mit Einfamilienhäusern für finanziell besser gestellte zur Verfügung. Für Menschen ohne Vermögen oder hohe Einkommen sind diese Häuser und Wohnungen unbezahlbar. Es fehlt ein größerer Anteil an sozialem Wohnungsbau.

Daneben gibt es in Bremerhaven eine größere Anzahl von Schrott-Immobilien. Diese sind nicht bewohnbar und es gehen zum Teil Gefahren von ihnen aus; es sind schon ganze Gebäude abgebrannt. Diese Immobilien müssen entweder saniert werden, um daraus wieder guten Wohnraum zu schaffen – oder notfalls abgerissen werden. Wenn eine Enteignung nicht möglich sein sollte, sind solche Immobilien unter Zwangsverwaltung zu stellen.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ bezahlbaren Wohnraum für alle unter anderem durch Ausbau der Wohnungsbestände mit öffentlicher Förderung (Mietpreisbindung) bei den Wohnungsgesellschaften STÄWOG und GEWOBA,
- ◀ die Sicherung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur durch gezielte Stadtteolförderung,
- ◀ die Umnutzung leer stehender Gewerbeflächen und Zuführung neuer Nutzung, Erstellung eines Katasters, aus dem Lücken auch in unbebauten Baubereichen erkennbar sind,
- ◀ die Förderung der Sanierung von Problemimmobilien,
- ◀ Lösungen des Problems der Schrottimmobilen wenn notwendig, auch durch Enteignung oder Zwangsverwaltung,
- ◀ die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaues in größerem Umfang, dazu eine Quote von mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen bei

Erschließung neuer Wohngebiete,

- ◀ die Abgabe von Grundstücken der öffentlichen Hand grundsätzlich nur über Erbbaurecht.

3 Demokratische Stadt

3.1 Mehr Mitwirkungsrechte für Bürger*innen

Über Bürger*innen-Beteiligung wird in der Öffentlichkeit – gerade in der Zeit sinkender Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit – viel diskutiert. Gerade in den Stadtteilen besteht die Chance der direkten Mitgestaltung des Lebensumfeldes durch die Bürger*innen, wie die in einzelnen Stadtteilen bestehenden Stadtteilkonferenzen aufzeigen.

Bürger*innen wollen sich nicht bevormunden lassen. Sie wehren sich gegen ungenügende Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen und mischen sich deshalb auch vermehrt in politische Prozesse ein.

Es gibt Ansätze von Bürger*innen-Beteiligung zu einzelnen Politikfeldern. So hat es Foren zu den Themen Klimastadt und Radverkehrskonzept gegeben. Die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge ist unterschiedlich. Die Ergebnisse der Anhörungen zum Innenstadtkonzept sind zur Kenntnis genommen, aber über die Umsetzung befindet weiterhin ausschließlich der Magistrat.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Wegfall des Kostendeckungsvorschlags für Bürger*innen-Entscheidungen,
- ◀ Streichung oder Senkung des Zustimmungsquorums bei Bürger*innen-Entscheidungen, mehr Verbindlichkeit bei Beteiligungsprozessen.

3.2 Für eine demokratische Magistratsreform

Die Magistratsverfassung hat in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen geführt. Es gibt daher Bestrebungen, sie zu ändern. Dabei schwebt einigen Personen der derzeit herrschenden Koalition aus SPD, CDU und FDP vor, dass die hauptamtlichen Dezernent*innen zu politischen Beamten werden – quasi wie Landesminister*innen. Dieses Modell ist aber nicht für eine Kommune geeignet.

Wir befürworten eine Änderung der Magistrats-Strukturen. Eine Abschaffung der ehrenamtlichen Dezernent*innen ist überlegenswert. Die hauptamtlichen Dezernent*innen sollten aber nach fachlicher Qualifikation ausgewählt werden und nicht nach Koalitionsproporz. Das heißt auch, dass die Wahlperiode nicht auf vier Jahre zu verkürzen ist, sondern eher noch wieder auf acht Jahre zu ver-

längern; eine Abwahlmöglichkeit mit Zweidrittel-Mehrheit ist zu prüfen.

Des Weiteren fordern wir die Direktwahl der Oberbürgermeister*in. Dieses ist Standard in allen Städten Deutschlands, (abgesehen von den drei Städten Berlin, Hamburg und Bremen, wo die Bürgermeister*in gleichzeitig Ministerpräsident*in des entsprechenden Bundeslandes ist). Das stärkt die Beteiligungsrechte der Bürger*innen und es gibt keinen Grund für die Sonderrolle Bremerhavens.

3.3 Kampf gegen Faschisten und andere demokratiefeindliche Strömungen

Wir stehen für unsere plurale Gesellschaft ein. Niemand darf aufgrund (zugeschriebener) Herkunft diskriminiert werden. Doch es gibt weiterhin Rassismus und rassistische Ausgrenzung auf allen Ebenen. Betroffene erleben Grenzüberschreitungen und abwertende Kommentare bis hin zu körperlicher Gewalt. Sie werden teilweise ausgeschlossen, z.B. auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt.

Die rassistischen Terroranschläge seit der Selbstenttarnung des NSU, von München 2016 über Halle 2019 und Hanau 2020 zeigen auf schreckliche Art und Weise, wie tödlich Rassismus ist.

Daneben gibt es verstärkt Bewegungen, die aus der bürgerlichen Mitte kommen und gegen vermeintliches oder tatsächliches Unrecht demonstrieren. Allerdings haben sie häufig keine Distanz zu antidemokratischen Kräften und die Forderungen zielen nicht auf die Beseitigung der Missstände ab, sondern auf Beseitigung der demokratisch legitimierten staatlichen Strukturen.

Dagegen haben sich neue, demokratische und antifaschistische Bündnisse in der Seestadt gegründet und etabliert, die neben Demonstrationen und Aktionen auch eine breite Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Der Zusammenschluss von fortschrittlichen Kräften aus Parteien, Institutionen, Vereinen und sonstigen politischen Organisationen ist notwendiger denn je, um die rechten Tendenzen zurückzudrängen und konkrete Alternativen anzubieten.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Ein breites Bündnis aller demokratischen Kräfte gegen faschistische und demokratiefeindliche Strömungen.

3.4 Politische Bildung

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in den Schulen ist weiterhin eine wichtige Aufgabe. Hier ist in den letzten Jahren einiges in Angriff genommen worden, was auch unsere Anerkennung findet, zum Beispiel der seit 2015 jährlich durchgeführte Tag der Stadtgeschichte jeweils am 18. September. Ebenso

sind die öffentlichen Gedenkveranstaltungen am 9. November zur Erinnerung an die Reichspogromnacht und am 16. Dezember zur Erinnerung an die Deportation von Sinti und Roma in die Vernichtungslager wichtige Anlässe der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Terrors.

Zum Faschismus in Deutschland gehört nicht nur die Geschichte der NSDAP. Hierzu gehört auch eine Auseinandersetzung mit neofaschistischen Strukturen von der NPD über die NSU-Fälle bis hin zu neuen Partei-Gründungen.

Die politische Bildung muss sich verstärkt mit antidemokratischen Strukturen in der sog. Querdenker-Szene und Verschwörungsmythen und Fake-News auseinandersetzen.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit über rechte Netzwerke, Strukturen, Organisationen und Einzelpersonen,
- ◀ Aktionen auf der Straße und Anträge im Parlament gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Faschismus,
- ◀ Projekte für Jugendliche (schulisch und außerschulisch) zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Faschismus inkl. Nationalsozialismus und antidemokratischen Bewegungen,
- ◀ Förderung von Projekten in Vereinen und Initiativen zum Thema „Antifaschismus“.

4 Digitale Gesellschaft - digitale Stadt

Digitale Kommunikation spielt für alle Menschen in der Stadt eine immer stärkere Rolle. Im Privatleben, in der Schule und in Bildungseinrichtungen, im Berufsleben, als Konsument*in in der Wirtschaft und als Bürger*in gegenüber der Verwaltung.

4.1 Bildung in der digitalen Gesellschaft

Die Corona-Krise hat einen Schritt in der Digitalisierung in der Schule erforderlich gemacht. Hierauf ist aufzubauen: Die Ausstattung der Schüler*innen mit Tablets muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Schüler*innen, die noch nicht in einer Ganztagschule sind, muss ein kostenfreier Zugang zum Internet möglich sein.

Die sozialen Aspekte wie Datenschutz, Internet-Sicherheit, kritische Hinterfragung von Inhalten, gehören genauso zum Unterricht wie die Auseinandersetzung mit digitaler Kriminalität wie z. B. Mobbing und Identitäts-Diebstahl.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ freien Internet-Zugang in allen Bildungseinrichtungen, Ausstattung aller Schüler*innen mit Tablets,
- ◀ freien Zugang zum Internet für alle Schüler*innen, die noch nicht in einer Ganztagschule sind.

4.2 Digitale Verwaltung

Auf allen Ebenen der städtischen Verwaltung muss die Einbeziehung der Mitarbeiter*innen wichtigstes Ziel sein. Der Ausbau der digitalen Verwaltung darf nicht zu Arbeitsverdichtung führen, sondern muss der Arbeitserleichterung dienen. Die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) können dabei helfen, bestehende Vorgänge übersichtlicher und mit weniger Papierverbrauch zu organisieren.

Auch sind bessere Zugangsmöglichkeiten für die Menschen in der Stadt als Nutzer*innen von Informations- und Verwaltungssystemen zu schaffen. Es muss Möglichkeiten geben, Formulare auch über Internet einzureichen. Die dazu gehörende Nutzeroberfläche muss allen Software- ergonomischen Anforderungen genügen (Aktuelle Gegenbeispiele gibt es leider genügend – nicht nur das Elster-Programm für die Erklärung der Grundsteuer).

Durch die dadurch eingesparten manuellen Bearbeitungszeiten gibt es dann mehr Zeit für persönliche Betreuung von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keine EDV-Systeme nutzen können oder wollen.

Allerdings führt die Einführung von digitaler Verwaltung auch dazu, dass die Möglichkeiten, Vorgänge persönlich zu erledigen, eingeschränkt werden. So ist der Ticketverkauf im Hauptbahnhof auf einen Zeitschriftenladen verlagert worden, der nicht die Kompetenzen der Bahnmitarbeiter*innen mit langer fachlicher Erfahrung haben kann, Bankgeschäfte können kaum noch am Bankschalter durchgeführt werden.

Des Weiteren ist bei allen Vorgängen - ob digital oder persönlich abgegeben - notwendig, dass die Menschen für diese Vorgänge eine Eingangsbestätigung bekommen. So möge die Sozialbehörde der Stadt eine Posteingangsstelle im Stadthaus IV einrichten, in der Kund*innen ihre Anträge und angeforderten Unterlagen gegen eine Empfangsbestätigung einreichen können.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ öffentliche WLAN-Hotspots an allen öffentlichen Plätzen und Bus-haltestellen,
- ◀ die Entwicklung eines Bürger*innen-freundlichen Programms zur Nutzung

des Zugangs zu allen Ämtern und Behörden,

- ◀ die Möglichkeit, Verwaltungsvorgänge auch noch mit persönlicher Betreuung anzubieten.

4.3 Bildung im Umgang mit digitaler Information

Inzwischen sind alle Menschen vom Umgang mit digitalen Medien betroffen. Daher müssen nicht nur in der Schule Menschen den Umgang mit digitalen Medien lernen.

Unter anderem brauchen wir Aufklärungen über folgende Themen: Benutzung von Smartphones für Neulinge,

Kritische Betrachtung von Informationen im Netz und in sozialen Netzwerken in Bezug auf Vertrauenswürdigkeit (Fake-News, Kriminelle Angriffe, politische Manipulationen, ...).

5 Bildung

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie ist Voraussetzung für die Entwicklung der Persönlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft. Sie bietet Chancen für die berufliche und persönliche Verwirklichung aller. Sie ist Grundbedingung für Emanzipation und Teilhabe an der Gesellschaft.

5.1 Auf den Anfang kommt es an – frühkindliche Förderung

Bildung ist ein vielschichtiger, lebenslanger Prozess. Besonders wichtig für eine erfolgreiche Bildungsbiografie ist der frühe Beginn ohne Stress und Leistungsdruck. Kindertagesstätten und Grundschulen sind Bildungseinrichtungen, die den Kindern das Lernen unter solchen kindgerechten Bedingungen bieten können und sollen.

Seit 2014 haben Eltern für jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der Krippe oder Tagesstätte. Noch immer fehlen solche Plätze und Erzieher*innen, um diesen Anspruch erfüllen zu können. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind sie unverzichtbar.

Wichtig ist eine Zusammenarbeit der KiTas mit den Grundschulen beim Übergang in die Schulen.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ die Ausbildung zu Erzieher*innen mit Ausbildungsvergütung, Allgemeinverbindlichkeit der Tarife auch für freie Träger,
- ◀ kein Ersatz von Erzieher*innen durch Sozialassistent*innen, sondern nur als Ergänzung, Freistellung von Leitung für Verwaltung usw.,

- ◀ Anrechnung von mittelbaren Tätigkeiten (Vor-, Nachbereitung, Elternabend) auf Arbeitszeit, Einführung von Sprach-KiTas.

5.2 Eine Schule für alle

DIE LINKE steht für eine solidarische, demokratische, gleichberechtigte und gerechte Schule, in der alle Schüler*innen von der ersten bis zur zehnten Klasse ganztägig gemeinsam lernen. Die gemeinsame Gestaltung eines Tages in der Ganztagschule lässt auch Zeit für individuelle Förderung und macht Hausaufgaben überflüssig. Das kommt besonders den Kindern zugute, denen im Elternhaus die Möglichkeit einer Förderung aus unterschiedlichen Gründen nicht gegeben sind.

Ein Bestandteil der Ganztagschulen muss auch das Angebot verschiedener Sportarten und musischer Fächer sein. Alle Schüler*innen müssen herausfinden können, wo auch in diesen Bereichen ihre Talente liegen. Diese Fächer sind nicht zu benoten.

Eine Trennung der weiterführenden Schulen in Oberschulen und Gymnasien erhält die Spaltung der Gesellschaft in bildungsnahe und bildungsferne Menschen. Diese Spaltung ist für die Schüler*innen in ihrer sozialen Entwicklung nicht förderlich. Sie ist zu überwinden.

Wir verstehen das aktuelle zweigliedrige Schulsystem in Bremerhaven als Zwischenschritt zu einer Schule für alle.

Seit 2009 ist Inklusion im Schulgesetz des Landes Bremen festgeschrieben. Wegen knapper Haushaltsmittel und fehlenden Personals kommt es bei der Umsetzung immer wieder zu Problemen. Das ist kontraproduktiv und schadet dem Anliegen der Inklusion. Es führt dazu, dass von einigen Bürger*innen die Inklusion in Frage gestellt oder abgelehnt wird. Inklusion ist für eine gerechte, demokratische Gesellschaft unverzichtbar.

Schule ist auch ein sozialer Raum, in dem alle Konflikte der Gesellschaft sich wiederfinden. Wir setzen uns konsequent für eine Schule ohne Rassismus, Mobbing und Gewalt ein. Dafür ist die Stelle und der Einfluss einer Antidiskriminierungsbeauftragten zu unterstützen.

Antidiskriminierung muss wichtiges Thema in der Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen sein

Ein besonderes Augenmerk ist auf den beruflichen Bildungsbereich zu lenken. Der Fachkräftemangel ist ein bundesweites Problem. Im Bereich der beruflichen Schulen gibt es eine Reihe von Schülerinnen mit speziellen Problemen, z.B. bei jungen Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund, bei jungen Menschen mit Behinderungen und anderen Gründen. Diese sind besonders zu

fördern.

Die Bildungspolitik im Land Bremen ist seit Jahrzehnten geprägt durch Einsparungen bei Personal, Gebäude und Ausstattung. Die Folgen sind ein Investitionsstau bei der Substanz der Schulgebäude.

Dazu ist ein Mangel an verfügbaren Lehrer*innen gekommen, der schon vor 20 Jahren von Gewerkschaften und Bildungspolitiker*innen vorausgesehen war, aber nicht zu notwendigen Handlungen geführt hatte. Stattdessen sind sogar Lehramts-Studiengänge an der Uni Bremen eingestellt worden. Initiativen des Bildungsdezernats zur Gewinnung von Lehrer*innen sind daher zu begrüßen – auch wenn sie den jahrelangen Rückstand immer noch nicht aufholen konnten.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Defizite im Bereich der Digitalisierung vorhanden sind. In einer großen Kraftanstrengung ist es gelungen, während des Teil-Lockdowns so etwas wie Distanz-Unterricht und digitale Lehrplattformen einzuführen. Außerdem spielt die Digitalisierung im außerschulischen Bereich (Smartphones, soziale Netzwerke, Verwaltungsakte, ...) eine immer größere Rolle. Daher müssen diese Themen auch verstärkt im Unterricht behandelt werden. Die Ausstattung der Schulen mit digitaler Infrastruktur wie WLAN, digitale Lernplattformen sind auszubauen.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Initiativen zur Gewinnung von Lehrkräften durch Sonderprogramme zur bedarfsgerechten Einstellung von Lehrkräften,
- ◀ die flächendeckende Einführung des Modells gebundene Ganztagschule - vorrangig in sozialen Brennpunkten - mit angemessenen Arbeitsräumen für Schüler*innen und Lehrkräfte,
- ◀ kostenloses Mittagessen an Ganztagschulen,
- ◀ Ausbau der Digitalisierung im Unterricht und die dafür notwendigen Hilfestellungen für Lehrkräfte und Schüler*innen,
- ◀ Bereitstellung ausreichend finanzieller Mittel für Lernmittelfreiheit,
- ◀ den Ausbau von Angeboten zur Berufsorientierung in allgemein-bildenden Schulen,
- ◀ Unterstützungsangebote in berufsbildenden Schulen für junge Menschen mit Integrations- Schwierigkeiten,
- ◀ ein breit gefächertes Angebot von Sportarten und im musischen Bereich.

5.3 Schulgebäude

Durch jahrelange Sparpolitik fehlen in Bremerhaven mehrere Schulgebäude.

In den vorhandenen Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gibt es einen massiven Investitionsstau. Durch einen Anstieg der Schüler*innen-Zahlen müssen neue Schulen geschaffen werden. Zum Teil sind sie noch in Containern untergebracht – ein Neubau ist aber in Aussicht.

Wegen der Schuldenbremse sollen Schulen in öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) gebaut werden. Das bedeutet, dass die Schulen von Privatinvestoren gebaut werden, um sie dann an die Stadt mit sehr langen Verträgen zu vermieten. Auf diese Weise bekommen die Investoren nicht nur die Baukosten zurück, sondern sichern sich auch hohen Profit auf Kosten der öffentlichen Hand. Für die Stadt wird das teurer als bei Neubauten, die über Kredite finanziert werden.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ die vollständige Sanierung der älteren Schulgebäude,
- ◀ den Neubau von Schulen über stadteigene Gesellschaften ohne private Investoren.

5.4 Ausbau der Weiterbildung

Wir setzen uns dafür ein, dass Weiterbildung neben vorschulischer Bildung, Schule, Hochschule und beruflicher Bildung als gleichrangige Säule im Bildungswesen und als öffentliche Aufgabe wahrgenommen und gefördert wird. Hierzu gehört auch die jugendpolitische Bildungsarbeit.

Auch der Weiterbildungsbereich ist unterfinanziert. Viele Dozent*innen an Weiterbildungseinrichtungen arbeiten auf Honorarbasis, für viele ist das ihre Haupt- Erwerbsquelle. In das Stundenhonorar fließt nicht nur die gesamte Vor- und Nachbereitungszeit ein, die Dozent*innen müssen sich auch selber versichern. Nach Abzug der Versicherungen und Steuern bleibt ihnen oft nicht einmal der geltende Mindestlohn. In der Stadt Bremen gibt es schon seit längerem Vereinbarungen, die dieses berücksichtigen.

Viele Weiterbildungsträger sind abhängig von kurzfristigen Projekten und damit in ihrer kontinuierlichen Arbeit eingeschränkt.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Unterstützung der Jugendpolitischen Bildungsarbeit,
- ◀ die Förderung neuer Kooperationsformen und Netzwerk-Strukturen – zum Beispiel durch die Einbindung neuer Lernorte (Stadt-bibliotheken, Bürgerhäuser, Internet-Cafés ...),
- ◀ Planungssicherheit für Weiterbildungsträger,

- ◀ die Erhöhung der Honorare für Dozent*innen im Weiterbildungs-bereich und entsprechende Erhöhung der Zuschüsse für die Volkshochschule

6 Kultur, Sport und Freizeit

Menschen leben in der Stadt nicht nur, um hier zu wohnen, zu lernen, zu arbeiten. Sie verbringen auch ihre Freizeit in der Stadt. Dazu gehören neben einer allgemeinen Verkehrsinfrastruktur auch Angebote an Natur, Möglichkeiten für Sport und weitere eigene Aktivitäten sowie ein breit gefächertes Angebot an kulturellen Aktivitäten.

Durch die Coronakrise wurde das kulturelle Angebot stark eingeschränkt und führte in einigen Branchen zur kompletten Stilllegung und zu einem Berufsverbot in manchen Sparten, die besonders in der Kultur und im Sport anzusiedeln sind. Berufsgruppen wurde ihre Relevanz und ihre Werthaftigkeit abgesprochen, während andere Branchen ungeachtet der Maßnahmen weiter produzierten, weil sie als „systemrelevant“ erachtet wurden.

6.1 Vielseitiges kulturelles Angebot in Bremerhaven

Das führte dazu, dass noch heute in besonderem Maße freiberufliche Künstler*innen um ihre Existenz bangen, alternative Berufe ergriffen haben, Hilfen beantragt haben, weil Projekte nicht stattfinden konnten. Nun geht der Wiederaufbau der kulturellen und sportlichen Infrastruktur los und der Neustart der Kultur und des Sports sowie der Freizeit nimmt Fahrt auf.

Zum kulturellen Angebot in Bremerhaven gibt es folgende städtische bzw. öffentlich geförderte Einrichtungen:

Bibliotheken, Freizeittreffs, das Historische Museum, das Kunstmuseum und die Kunsthalle, das Stadttheater mit dem JUB und das Theater im Fischereihafen; im Bereich Alter und Neuer Hafen ergänzen das Schifffahrtsmuseum, das Deutsche Auswandererhaus und das Klimahaus das Angebot. Diese bieten zukunftsorientierte Programme mit hohem geschichtlichen, politischem und ökologischem Anspruch. Der Erhalt dieser Einrichtungen muss sichergestellt sein. Des weiteren gibt es in Bremerhaven ein kommerzielles Kino, das auch für Aufführungen des kommunalen Kinos genutzt wird.

Außerdem gibt es eine bunte Kulturszene in den Stadtteilen; hierzu zählen Vereine und Initiativen aus den Bereichen Bildende Kunst, Theater, Tanz, Musik und Medien sowie viele Jugendprojekte in Schulen und Freizeitstätten. Viele dieser Projekte kämpfen permanent ums Überleben. Hier bedarf es einer kontinuierlichen finanziellen Unterstützung, um innovative Ideen zu entwickeln und Projekte dauerhaft zu etablieren.

Erstrebenswert ist die Etablierung eines Kulturladens in jedem Stadtteil, wie einst im Kulturentwicklungsplan vorgesehen, um an Kultur interessierte Bürger*innen, Initiativen, Selbsthilfegruppen und Vereine bei Projektideen zu unterstützen und bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen mit einzubeziehen.

Wünschenswert ist weiterhin die Etablierung eines selbstverwalteten Kulturzentrums, in dem generationenübergreifend Kultur von allen und für alle interessierten Bürger*innen angeboten werden kann. Kultur muss ihren gesellschaftspolitischen Anspruch erfüllen und darf nicht nur Ware sein. Sie ist ein Bürgerrecht und muss allen zugänglich sein.

Um die Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen zu erweitern, muss sichergestellt sein, dass sich alle Bürger*innen das Eintrittsgeld für kulturelle Veranstaltungen leisten können. Nötig ist deshalb etwa ein Kulturgutschein, der ohne bürokratischen Aufwand erhältlich ist und diskriminierungsfreien Zugang zu kulturellen Veranstaltungen ermöglicht.

In den Jahren 2022/23 wurde allen Kindern bis 18, die im Bundesland Bremen leben, jeweils eine „Freikarte“ mit einem Gesamtwert von 60 € zugestellt, damit sie kulturelle Veranstaltungen und Museen, Schwimmbäder usw. benutzen können. Wir begrüßen diese Initiative.

Nach der Coronakrise brauchen wir einen Sondertopf für freischaffende Künstler*innen, ähnlich dem Bremerhaven Gutschein für den Einzelhandel, der den Menschen, die ihr Ersparnis verloren haben, einen Neustart ermöglicht.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ die Schaffung eines selbst verwalteten Kulturzentrums,
- ◀ Ausbau der Bremerhaven-Karte für alle mit Einkommen unter Grundsicherungsniveau - Kosten unter 20 Euro,
- ◀ Garantie weiterer finanzieller Unterstützungen im Kulturbereich und Fortbestehen derselben.

6.2 Sport und Freizeit

Der Sport hat eine doppelte Bedeutung. Zum einen – und das ist das Wichtigste – trägt er zur physischen und psychischen Gesundheit der Menschen in Bremerhaven bei. Daneben gibt es den Profi-Sport, der für viele eine Identifizierung mit der Stadt darstellt und auch als Aushängeschild Werbung für Bremerhaven macht.

Neben den Sportstätten, die dem Vereins- und Schulsport dienen, brauchen wir freie Plätze, auf denen Menschen außerhalb des formalen Sportbetriebs sich

in Gemeinschaft sportlich betätigen können. Diese gibt es zum Beispiel im Bürgerpark und Speckenbütteler Part. Leider sind solche Plätze in der Vergangenheit weniger geworden (z.B. durch die Schulbebauung auf dem Philips Field). Der Bedarf von weiteren Einrichtungen wie von Skater-Bahnen ist mit den Jugendlichen zusammen zu ermitteln.

Daneben wird Sport in Hallen und Innenräumen angeboten. Durch das „Alte Eiswerk“ und die neue Bowlingbahn gibt es weitere Betätigungsmöglichkeiten für Jung und Alt. Wünschenswert wäre eine Boulderhalle, die bisher noch fehlt.

In Bremerhaven gibt es derzeit drei Hallenbäder und ein Freibad. Das Freibad in Grünhöfe sollte von der Politik schon mal geschlossen werden und wird derzeit nur dadurch erhalten, dass der Förderverein Freibad Grünhöfe e.V. u.a. durch Arbeitseinsatz für den Badebetrieb, Durchführung von Veranstaltungen, Einwerben von Sponsorengeldern sich ideell und materiell für den Erhalt des Bades einsetzt. Dieses ist eigentlich eine kommunale Aufgabe.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Garantie für den Erhalt des Freibads Grünhöfe,
- ◀ Ausreichende Mittel zur regelmäßigen Wartung und Instandsetzung der Sportstätten,
- ◀ Beteiligung der betroffenen Jugendlichen und anderen interessierten Menschen an der Entwicklung weiterer sportlicher Einrichtungen.

7 Geschlechtergleichstellung und Antidiskriminierung

Ein wichtiges Ziel der Politik muss sein, zur Gleichstellung aller Geschlechter beizutragen. Hierzu gehört nicht nur die Erlangung der vollständigen Gleichstellung von Frauen und Männern, sondern auch die Beseitigung von Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und gegen Menschen, die sich in der geschlechtlichen Zuordnung Mann/Frau nicht oder nur teilweise wiederfinden.

Schließlich sind Menschen mit Behinderungen Diskriminierungen ausgesetzt und im öffentlichen Leben wegen fehlender Barrierefreiheit in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

7.1 Gleichstellung der Frauen

Auch wenn sich die Situation der Frauen in Deutschland deutlich verbessert hat, ist die Gleichstellung in vielen Bereichen bis heute nicht erreicht. Sie tragen noch immer das größte Armutsrisiko, in vielen Fällen wegen prekärer Arbeitsverhältnisse und bedingt durch Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen.

Frauen leisten den höchsten Anteil an unbezahlter Sorgearbeit, so dass sie

gezwungen sind, ihre Berufstätigkeit aufzugeben, verstärkt in Teilzeit zu arbeiten oder schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Die Folge sind häufig Renten noch unterhalb der Armutsgrenze.

Eine weitere Bedrohung stellt die körperliche, psychische, sexualisierte Gewalt dar - insbesondere im häuslichen Bereich. In Bremerhaven werden Jahr für Jahr über 500 Fälle erfasst. Es ist zu begrüßen, dass das Land Bremen im Rahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der

Istanbul-Konvention eine Reihe wirksamer Maßnahmen zum Schutz von Frauen entwickelt hat. Die Finanzierung von Frauenhäusern beispielsweise muss den Bedarfen entsprechend verbessert werden. Zudem wäre auch in Bremerhaven eine Fachberatungsstelle für Opfer sexualisierter Gewalt sinnvoll.

Die nicht ausreichenden Mittel im Sozialbereich treffen vor allem alleinerziehende Mütter, Frauen* mit Migrationshintergrund, Frauen* mit Behinderungen und alte Frauen*. Sie und die Kinder sind die besonders Leidtragenden einer verfehlten Sozialpolitik.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ unabhängige, flächendeckende, kostenlose Beratungsstellen für berufliche Angelegenheiten, Lebens- und Familienplanung,
- ◀ Anlaufstellen für von Gewalt bedrohte Frauen, einschließlich Schaffung und Erweiterung von Frauenhäusern und deren bedarfsdeckende Finanzierung,
- ◀ Bereitstellung von Tampons und Binden an allen öffentlichen Orten,
- ◀ Verbot sexistischer Werbung auf städtischen kommunalen Flächen und in öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln,
- ◀ Kostenfreie Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen*, um den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu erleichtern,
- ◀ Vertrauenspersonal unterschiedlicher Geschlechter an allen Schulen, damit Schüler*innen selbst entscheiden können, wem sie sich anvertrauen möchten.

7.2 Inklusion der LBTIQ*-Menschen

Seit 2018 besteht für gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland die Möglichkeit, eine Ehe einzugehen sowie Kinder zu adoptieren. Dies ist ein wichtiger Schritt der gesetzlichen Gleichstellung homosexueller Paare.

Damit ist die gesellschaftliche Diskriminierung von Lesben, Schwulen (gay), Bi- oder Pansexuellen, trans*-Personen und intersexuellen oder nicht-binären Menschen (LGBTIQ*) noch nicht überwunden.

In den Schulen werden nicht alle Lebens- und Familienmodelle gleichwertig behandelt. Eine Änderung des Lehrplans sowie Fortbildungen der Lehrkräfte und Pädagogen zur Sensibilisierung sind hier notwendig. Eine frühe gleichwertige Darstellung im Bildungsbereich kann nicht nur Vorurteilen vorbeugen. Sie ist vor allem wichtig um jungen queeren Menschen Unterstützung und Akzeptanz zu vermitteln. Denn noch immer ist die Suizidrate homosexueller Jugendlicher deutlich höher als die Heterosexueller gleichen Alters, bei transgeschlechtlichen Menschen ist diese Rate noch höher.

Auch treten psychische Erkrankungen in Folge von Diskriminierungserfahrungen bei queeren Menschen vermehrt auf. Um dem entgegenzuwirken ist der Ausbau von Beratungsstrukturen zwingend erforderlich. Wir halten auch den Ausbau der Gesundheitsversorgung für queere und insbesondere trans*-Personen für dringend notwendig.

LGBTIQ* werden in vielen Ländern verfolgt und zum Teil mit dem Tod bedroht und fliehen nach Deutschland. Da sie im Falle eines Outings auch in Geflüchtetenunterkünften gefährdet sind, bedürfen sie eines besonderen Schutzes.

In Deutschland werden jährlich 300 Fälle homo- und transfeindlicher Übergriffe dokumentiert. Die Dunkelziffer liegt noch höher. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der Einrichtung von Schutzräumen für LGBTIQ*-Menschen.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ die Einrichtung von Schutzräumen und Beratungsstrukturen für LGBTIQ*, geschulte Ansprechpersonen in den Verwaltungen, Behörden und Ämtern,
- ◀ Aufnahme dieses Themenkomplexes in Schulen und Berufsschulen und Schulaufklärung durch fachkundige externe Träger,
- ◀ verpflichtende Fortbildungen für alle Lehr- und pädagogischen Kräfte bezüglich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
- ◀ die Schaffung einer medizinischen Grundversorgung (Endokrinolog*innen, Hormonvergabe, Psychotherapie) für transgeschlechtliche Menschen in Bremerhaven die Errichtung eines selbst verwalteten Queer-Zentrums mit Angeboten auch für Jugendliche,
- ◀ besonderen Schutz für geflüchtete LGBTIQ*, um Übergriffe durch andere Bewohner zu verhindern.

7.3 Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Echte Teilhabe für alle bedeutet, dass auch Menschen mit Behinderungen eine selbstständige Lebensführung in einer barrierefreien Stadt realisieren können.

Barrierefreiheit ist ein Querschnittsthema, das sowohl im Wohnungsbau, in der Bildung, im Verkehr oder beim Gang zu Behörden zügiger als bislang erreicht werden soll. Alle öffentlichen Stellen müssen dafür verstärkt auf Informationen in Leichter Sprache und auf barrierefreie Webseiten verpflichtet werden.

Ein zentrales Problem ist nach wie vor der exklusive Arbeitsmarkt: Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten bei den Werkstätten weit unterhalb des Mindestlohns, und zwar auch dann, wenn sie wichtige Produkte für große Firmen herstellen. Das wollen wir ändern: Der Mindestlohn muss auch in den Werkstätten für behinderte Menschen gelten.

Neben der Beschäftigung in speziellen Werkstätten gibt es sog. „Außenarbeitsplätze“ in anderen Unternehmen, die aber schlechter bezahlt werden.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Umwandlung der Außenarbeitsplätze in reguläre Arbeitsplätze mit tariflicher Bezahlung,
- ◀ Beratungsstrukturen, die unabhängig von den Werkstätten die Übergänge von der Schule in den Beruf gut organisieren und möglich machen.

8 Migration und Flucht

8.1 Migration gehört zu unserer Welt

Migration ist die Suche nach neuen Perspektiven, die im eigenen Land nicht zu finden sind, die es im eigenen Land nicht gibt und / oder aus politischen, weltanschaulichen Gründen verwehrt werden. Diese Menschen sind Teil unserer Gesellschaft und haben dieselben Menschenrechte wie alle anderen Bürger*inenn auch.

Migration bietet Chancen für die Menschen und auch für die aufnehmende Gesellschaft. Sie bietet die Chance, andere Länder, Menschen und Kulturen kennenzulernen. Das ist eine Bereicherung für jeden Menschen und jedes Land – eine Welt in Frieden und ohne Grenzen.

Bremerhaven ist eine bunte, interkulturelle, tolerante, hilfsbereite Stadt. Wir wollen, dass es so bleibt. Wir fordern daher von unserer Gesellschaft einen solidarisches Umgang mit Flüchtlingen und Migrant*innen, egal aus welchem Grund und aus welchem Land sie kommen. Wir brauchen eine Politik, die zuhört und auf Forderungen von Betroffenen eingeht.

Wir lehnen jeglichen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ab und stehen an der Seite von Betroffenen.

In Bremerhaven leben über 26.000 Menschen mit Migrationsgeschichte,

jedoch ohne deutschen Pass, die dadurch vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wir setzen uns dafür ein, dass sie nach einer gewissen Ankunftszeit das Wahlrecht erhalten sollen. Zu dem sprechen wir uns dafür aus, dass alle Menschen sowohl im öffentlichen Dienst als auch in den Parlamenten entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sein sollen.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Schaffung eines Rats für ausländische Mitbürger, der ihnen Mitsprachemöglichkeiten gibt und sie in ihrer Arbeit maximal unterstützt.

8.2 Flucht und Ankunft

DIE LINKE Bremerhaven steht für einen sicheren Hafen und setzt sich gegen die Abschottung Europas ein. Wirtschaftliche Not, Kriege, Klimawandel und Verfolgung aufgrund ethnischer religiöser Zugehörigkeit, politischer und sexueller Orientierung veranlassen Menschen zur Flucht auf der Suche nach einem sicheren Lebensort, der eine Zukunftsperspektive bietet. Wir wollen eine Welt ohne Grenzen, die gute Lebensperspektiven für Flüchtlinge und migrierte Personen gleichermaßen in Bremerhaven zur Verfügung stellt. Wir wollen die gleichen Teilhaberechte aller hier lebenden Menschen.

Dazu gehört für diejenigen, deren Flucht nach Bremerhaven führt, eine angemessene Struktur für gutes Ankommen, die sich an dem, was Flüchtlinge brauchen, orientiert und diesen gerecht wird.

Die Flüchtlinge sind in normalen Wohnungen unterzubringen. Gruppenunterkünfte können übergangsweise notwendig sein. Dabei ist sicher zu stellen, dass die Menschen genügend Privatsphäre haben.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ eine Struktur für gutes Ankommen zur Unterstützung der Flüchtlinge in Bremerhaven mit einer guten personellen und finanziellen Ausstattung,
- ◀ eine vom Aufenthaltsstatus unabhängige Unterbringung in dezentralen Wohnräumen mit respektvoller Betreuung,
- ◀ und die Bereitstellung von Immobilien für die Unterbringung und das Wohnen von Flüchtlingen,
- ◀ eine sichere Unterbringung vulnerabler Personengruppen von Anfang an und die Feststellung des jeweiligen Schutzbedarfs,
- ◀ besseren Schutz für unbegleitete Kinder und Jugendliche,
- ◀ schulische und außerschulische Nachhilfeangeboten für Schüler*innen mit Fluchterfahrung,

- ◀ Abschaffung der Altersbestimmung durch medizinische Untersuchungen, entscheidend für Jugendhilfe darf nur die pädagogische Sicht sein.

9 Gesundheit und Pflege

9.1 Interesse der Menschen vor Profitinteressen

Die Gesundheitsversorgung und die Pflege sind Grundrechte für jeden Menschen. Die Leistungen, die einzelne in Anspruch nehmen, dürfen nicht von ihren finanziellen Möglichkeiten abhängen, sondern müssen sich nach ihren Bedürfnissen richten. Chronisch kranke Menschen oder Menschen mit einer schweren akuten Krankheit haben einen höheren Bedarf als Menschen, die gesundheitlich gar nicht oder nur gering eingeschränkt sind.

Zum Gesundheitssystem gehört aber nicht nur die Behandlung von Krankheiten, sondern auch die gesundheitliche Prophylaxe durch Vorsorge-Untersuchungen und ggf. notwendige Kuren. Nicht zuletzt schwangere Frauen haben vor und nach der Geburt einen Bedarf an einem guten Gesundheitssystem.

DIE LINKE tritt grundsätzlich dafür ein, dass das gesamte Gesundheitswesen sowie der Bereich Pflege in öffentliche Hand muss unter unabhängiger, demokratischer Kontrolle. Die Entwicklung des Gesundheitswesens hat sich an den Interessen der Patient*innen und Mitarbeiter*innen zu richten und nicht an privaten Profit-Interessen.

Finanzierbar ist ein öffentliches Gesundheits- und Pflegewesen durch Änderung der Steuergesetze, damit höhere Einkommen – nicht nur Einkommen aus Lohnarbeit – auch stärker zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen. Außerdem brauchen wir eine Bürgerversicherung, in der alle Menschen einzu-beziehen sind, also auch Beamte, Selbständige, freiberuflich Tätige, die derzeit zum Teil aus dem System ausgenommen sind.

9.2 Krankenhäuser in Bremerhaven

In Bremerhaven gibt es derzeit nur ein Krankenhaus in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft: das Klinikum Reinkenheide. Die anderen beiden Krankenhäuser sind 2014 von der AMEOS-Gruppe übernommen worden, die einen Kampf um die lukrativen Versorgungsaufträge führt. Die Existenz und der Ausbau des Klinikums Reinkenheide müssen gesichert werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Kinderklinik und die Neonatologie im Klinikum Reinkenheide finanziell abgesichert werden.

9.3 Mangel in der ärztlichen und pflegerischen Versorgung

Die LINKE setzt sich für eine ausreichende ärztliche Versorgung von Patient*innen aller Krankenkassen ein. Dem Ärzt*innenmangel muss dringend mit einem Rahmenkonzept zur medizinischen Versorgung entgegen gewirkt werden. Als Grundlage muss der tatsächliche Bedarf an Ärzt*innen in Bremerhaven, nicht der theoretische Verteilungsschlüssel der Kassenärztlichen Vereinigung, dienen. Ein Lösungskonzept ist die Einführung von dezentralen Gesundheitszentren. Dort sollten neben Ärzt*innen auch Physio-Ergotherapeuten, Logopäd*innen und Hebammen ansässig sein.

Ganz besonders betroffen sind werdende Mütter. Die Zahl der praktizierenden Hebammen hat sich stark reduziert u. a. durch viel zu hohe Haftpflichtversicherungsbeiträge und nicht ausreichende Bezahlung durch die Krankenkassen. In Kliniken werden teilweise Kreißsäle wegen fehlender Hebammen geschlossen.

Neben der Wiedereinführung der Beleghebammen für eine sichere und gute Geburt brauchen wir ein erweitertes Angebot um Familienhebammen, frühen Hilfen für Frauen, Alleinerziehende und Familien in schwierigen sozialen und finanziellen Situationen. Dies soll in Hebammenzentren eingegliedert sein, die wiederum einen Teil der Gesundheitszentren bilden sollen um damit den Bremerhavener Schwangeren eine gute und umfangreiche Versorgung zur Verfügung stellen zu können.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ eine 1:1-Betreuung von gebärenden Frauen durch Hebammen in allen Kreißsälen,
- ◀ eine flächendeckende ärztliche und fachärztliche Versorgung z.B. in Gesundheitszentren einschließlich Hebammenstützpunkte,
- ◀ regelmäßige, unangemeldete, unabhängige Kontrollen in allen Einrichtungen des Gesundheitssystems,
- ◀ kostenlose Verhütungsmittel.

9.4 Drogen und Sucht

Drogen sind eine Alltagserscheinung: Legale Drogen wie Alkohol und Zigaretten sind allgegenwärtig. Verbotene Drogen werden trotz Verbots gehandelt und konsumiert, obwohl sie teilweise sogar weniger gefährlich sind wie übermäßiger und suchtartig Alkoholkonsum.

Wir brauchen Präventions- und Informationsangebote sowie akzeptanzorientierte, niedrigschwellige therapeutische Hilfen. Ein Beispiel wäre das auf Heroin bezogene „Züricher Modell“ in dem Ärzt*innen den persönliche Bedarf fest-

stellen und die betreuenden Mediziner*innen den austherapierten Abhängigen genau diese Menge verabreichen.

Die Aufklärung an Schulen ist allgemeiner zu fassen: nicht nur die Gefahren sind zu behandeln, sondern auch der verantwortungsvolle Umgang mit Drogen. Dabei muss gewährleistet sein, dass legale und illegale Drogen gleichermaßen auf Gefährlichkeit und Suchtpotenzial betrachtet werden.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Drogenkonsumräume sowie die Vergabe und Entsorgung von Konsummaterialien zur Verringerung der Begleitrisiken des Konsums, zum Beispiel HIV/AIDS und Hepatitis wie in Bremen,
- ◀ die Reduzierung der negativen Folgen von Drogenkonsum (harm reduction),
- ◀ Tests der Drogen auf Identität und Reinheit (drug checking) mit Finanzierung durch Haushaltsmittel der Stadt,
- ◀ Aufklärung über Drogen an Schulen, die nicht nur die Gefahren, sondern auch einen verantwortungsvollen Umgang mit Drogen behandeln,
- ◀ ein komplettes Verbot von Werbung, Sponsoring und anderen Marketingmaßnahmen im Zusammenhang mit Tabak- und Alkoholprodukten sowie Medikamenten auf städtischen Werbeflächen.

10 Sicherheit im öffentlichen Raum

„Öffentliche Sicherheit“ versteht DIE LINKE als einen Rechtsbegriff, der sich zuerst am Schutz der Bürger*innen und an deren Rechten orientiert. Damit begeben wir uns auch bewusst in Opposition zum Begriff einer vermeintlichen „inneren Sicherheit“.

10.1 Polizei

Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalprävention. Die Lebenslagen und die Teilhabe-Möglichkeiten der Bürger*innen in allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft müssen deutlich verbessert werden.

Nach unserem Verständnis von öffentlicher Sicherheit und mit Blick auf die Wahrung der Bürger*innen-Rechte und die Ausgestaltung einer bürgernahen Polizei sind weitere Schritte zu deren Transparenz erforderlich. Wir setzen uns daher für die Einführung einer generellen Kennzeichnungspflicht aller uniformierten Polizeibediensteten ein.

In der Gesellschaft gibt es Alltags-Rassismus, der sich u.a. gegen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Aussehen wendet. Polizeibeamte sind

Teil der Gesellschaft. Auch hier besteht die Gefahr von Alltags-Rassismus, z.B. durch sog. „racial profiling“, d.h. häufigere Personenkontrollen auf Grund von äußerlichen Merkmalen.

DIE LINKE setzt sich für eine gezielte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei ein. Dies wäre ein positives Signal und kann die Kommunikation der Polizei mit den Bürger*innen nachhaltig verbessern.

Die immer stärkere Videoüberwachung schafft keine zusätzliche Sicherheit, sondern birgt eher Gefahren für die Bürgerrechte.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ generelle Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizeikräfte, Verringerung der Videoüberwachung,
- ◀ verpflichtende Fortbildungs- und Sensibilisierungs-Maßnahmen zum Thema Sexismus und Rassismus,
- ◀ Gezielte Einstellung von Migrant*innen und Frauen.

10.2 Feuerwehr und Rettungsdienst

Feuerwehr und Einsatzkräfte im Rettungsdienst übernehmen wesentliche Verantwortung und Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge im Interesse aller in Bremerhaven lebenden Menschen. Hier darf nicht weiter gespart werden. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Personaldecke und eine Erhöhung der Anwärter*innen- und Auszubildenden-Zahlen. Die Stadt muss mit den Personalvertretungen ein Konzept erarbeiten, wie mit der sehr hohen Zahl von Überstunden umgegangen wird, die jährlich in diesen Bereichen anfallen.

In enger Abstimmung mit den Kolleg*innen in diesen Bereichen müssen die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass die Mitarbeitenden auch langfristig gesund und mit Zufriedenheit ihrem Beruf nachgehen wollen.

Im Bereich der Rettungsdienste sind zunehmend auch profitorientierte Unternehmen am Markt und versuchen sich Anteile zu sichern. Diese Konkurrenz wird dann letztlich auf dem Rücken der Krankenkassen und Patient*innen ausgetragen.

Wir setzen uns ein für:

- ◀ Erhöhung der Anwärter*innen- und Auszubildenden-Zahlen im Rettungsdienst, Abbau und Vermeidung der Überstunden,
- ◀ Aufbau von weiteren Rettungswachen im Norden und Süden der Stadt,
- ◀ eine Organisation der Rettungsdienste ohne Profitinteressen im Interesse der Patient*innen.

11 Häfen und maritime Wirtschaft

Die Logistikwirtschaft ist nicht zuletzt durch den Hafen ein zentraler Wirtschaftsfaktor für das Land Bremen. Tausende von Menschen arbeiten hier in alle Qualifikationsniveaus. Durch die Krisen der vergangenen Jahre ist auch diese Branche stark gefordert gewesen. Durch den starken nationalen und internationalen Wettbewerb ist die Logistikbranche gefordert sich zunehmend zu digitalisieren und auf Veränderungen zu reagieren. Daher werden wir die Modernisierung vorantreiben und Möglichkeiten der Kooperation mit Häfen wie Hamburg fördern. Die teilweise in die Jahre gekommenen Infrastrukturen der Häfen wie z.B. die Kajen müssen den Erfordernissen angepasst und erneuert werden, um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben und so Beschäftigung zu sichern.

Für das Land Bremen ist es von zentraler Bedeutung, in der deutschen Logistikbranche weiterhin eine herausgehobene und führende Rolle zu spielen. Das Ziel, Logistikketten schnellstmöglich sozial und klimaneutral zu gestalten, ist dabei nur mit einem Zusammenspiel der Norddeutschen Seehäfen zu erreichen. Das Land Bremen ist dabei zentraler Logistikstandort für die drei wichtigsten norddeutschen Seehäfen: Hamburg, Bremerhaven und Wilhelmshaven.

Mit der konsequenten Fortführung der „Greenport Strategie“, den festgelegten Zielen zur Dekarbonisierung der BLG Logistics Group, dem hohen schienengebunden Verkehrsanteil der bremischen Häfen, den anwendungsbezogenen Wasserstoffprojekten in Bremerhaven, den Kompetenzen im Off-Shore-Windanlagenbereich und dem Beschluss für ein Kompetenzzentrum für „faire Logistik“, haben wir gute Voraussetzungen geschaffen.

Wir verstehen die norddeutschen Häfen als strategische Partner, die nicht in Konkurrenz zu einander stehen sollten. Wir fordern eine enge norddeutsche Hafenkooperation, mit folgenden Zielen: Die gesamten Logistikketten vom Hersteller, über die Seehäfen, bis zu den Endkunden müssen schnellstmöglich klimaneutral gestaltet werden. Die Häfen sollen als ein gemeinsames System verstanden werden. Sie sollen synergetisch im Rahmen ihrer jeweiligen Stärken, Spezialisierung und geographischen Gegebenheiten genutzt werden. Hierdurch wird eine natur- und ressourcenschonende Hafenwirtschaft möglich. Ein weiter so im Sinne größer, schneller, tiefer können wir uns nicht leisten.

Die Sanierung der Hafenkajen, die Modernisierung der Hafenumschlagsinfrastruktur und der Ausbau der schienengebundenen Verkehrsanteile sind zentrale Aufgaben, die dringend angegangen werden müssen. Die verschrottete Drehbrücke muss umgehend ersetzt werden, mit Gleisspur damit die Kajen auf der Columbusinsel mit dem Kreuzfahrtterminal eine Zugsanbindung haben und

es zukünftig wieder einen Bahnhof am Meer geben kann.

Nach dem vernünftigen Ende der OTB (Offshore-Terminal-Bremerhaven)-Planungen sind die weiteren Entscheidungen für weitere wasserseitige Verkehrsanbindungen und zukünftiger ökologisch ausgerichteter Gewerbegebiete, zu treffen.

Die BLG muss als weltweiter Konzern eine Vorreiterrolle von der Entwicklung sozialer und klimaneutraler Lieferketten einnehmen. Dabei ist neben Aspekten sozial-ökologischen Standards der gesamten Lieferketten, eine besondere Verantwortung für gute, faire und tariflich abgesicherte Arbeit im gesamten Bereich des Konzerns zu legen. Die qualifizierten Arbeitsplätze in den Hafenbetrieben müssen sicher sein und dürfen nicht gefährdet werden. Überstunden dürfen nicht die Regel sein und müssen durch ausreichendes Personal abgedeckt werden. Tarife müssen den Lebenshaltungskosten angepasst werden. Sicherheitsstandards in den Häfen zeugen von Qualität und sind gleichermaßen eine Qualitätsgarantie für die Umschlagsbetriebe. Wir unterstützen die Betriebsräte in den Hafenbetrieben, die sich unter anderem auch für die Sicherheit der Hafearbeiter*innen einsetzen.

Die Lieferketten der Zukunft müssen auf die Aufgabe der kompletten Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Um diesen Prozess zu unterstützen, muss nun schnellstmöglich das

„Zentrum für Faire und nachhaltige Logistik“ auf- und ausgebaut werden.

Gerade auch die Schifffahrt muss fair und klimaneutral aufgebaut werden. Dafür setzen wir uns als Werftenstandort für die Förderung von klimaneutralen Antrieben ein und schaffen die notwendigen Versorgungsinfrastrukturen in unseren Häfen. Dazu gehört aber ein fairer Umgang mit den internationalen Seeleuten. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Reeder nur noch staatliche Unterstützungen bekommen, wenn sie tatsächlich unter deutscher Flagge fahren.

Wir wollen und werden die Chancen auf dem Weg zur Klimaneutralität für Bremerhaven nutzen, für mehr und gute Arbeitsplätze. Klimaschutz, faire Arbeitsbedingungen und Bekämpfung der Armut gehören für uns zusammen.